

Fass ✓

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

RWA 02.05.2007

OBERBÜRGERMEISTER		
0 4. APR. 2007 / Nr.		
VII	1 Zur Ks.	3 Zur Stellungnahme
R	2 Zur V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorliegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorliegen

Referat VII/Nr.	
Termin:	
0 4. April 2007	
z. w. V.	Vorlage
z. K.	z. S.
Kopien an:	

für TO

Nürnberg, 4. April 2007
Riedel/st

**Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit am 02. Mai 2007
Geplante Kündigungen der Beschäftigten des Quelle-Kundenservices**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die geplanten Kündigungen der 815 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Quelle-Kundenservices und die damit verbundene Ankündigung einer Ausgliederung des Kundenservices in eine eigens dafür gegründete Servicegesellschaft mit drastisch niedrigeren Löhnen von knapp 50 % des bisherigen Einkommens stellt eine Dimension des Handelns von Wirtschaftsunternehmen unserer Region dar.

Sollte es soweit kommen, ist klar, dass viele der Beschäftigten gar keine andere Wahl haben, als dann zu diesen Bedingungen zu arbeiten, obgleich auch klar ist, dass der in der Diskussion befindliche Lohn von € 1.100 brutto für Familien nicht mehr zur Existenzsicherung reichen wird. Mit der Drohung der Verlagerung nach Osteuropa verleiht der Karstadt-Quelle-Konzern damit seinen Sanierungsmaßnahmen Nachdruck. Dass es sich bei dieser Dimension von Lohnkürzungen wohl auch um die Durchsetzung von inzwischen üblichen Renditeerwartungen der Kapitaleigner handelt, wird ebenfalls deutlich.

Hinzu kommt, dass zu erwarten ist, dass eine nennenswerte Anzahl von Quelle-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit diesen Löhnen in die Hilfebedürftigkeit gedrängt wird, und sie in Zukunft aufstockende Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) für Lebensunterhalt und Wohnung benötigen. Damit wird ein Teil der Quelle-Sanierung auf die Allgemeinheit verlagert. All dies, verbunden mit der fatalen psychologischen Wirkung, dass die Menschen selbst mit Vollzeitarbeit ihre Existenz nicht mehr sichern können, zeigt die Notwendigkeit der Diskussion eines existenzsichernden Mindestlohns.



Die SPD-Stadtratsfraktion stellt daher zur Behandlung im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit am 2. Mai 2007 folgenden

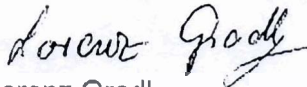
Antrag:

1. Die Verwaltung berichtet über ihre Gespräche mit der Geschäftsleitung von Karstadt-Quelle bzw. des Quelle-Kundenservices und über die geplanten Maßnahmen des Karstadt-Quelle-Konzerns.
2. Der Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit appelliert im Namen des Nürnberger Stadtrats an die Führung des Karstadt-Quelle-Konzerns

die bestehenden Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten

- im Rahmen evtl. notwendiger Umstrukturierungen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessene Löhne zu zahlen, die in der Lage sind, deren Existenz zu sichern und zusätzliche staatliche Transferzahlungen nicht notwendig machen.

Mit freundlichen Grüßen



Lorenz Gradl
Stv. Vorsitzender